

Antrag 141/I/2025**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme, Streichung BPT, Überweisung Landesgruppe
(Konsens)****Gerechte Azubi-Mindestausbildungsvergütung**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages
2 setzen sich dafür ein, dass
3 Die Azubi-Mindestausbildungsvergütung zukünftig für
4 Auszubildende ab mindestens dem 2. Lehrjahr an den
5 gesetzlichen Mindestlohn gekoppelt und darüber hinaus
6 sichergestellt wird, dass die Unterstützungsprogramme
7 für Auszubildende so gestaltet werden, dass diese in der
8 Lage sind, auch unabhängig vom Verdienst der Eltern
9 ein selbstständiges Leben außerhalb der elterlichen Woh-
10 nung oder des elterlichen Hauses und oberhalb der Ar-
11 mutsgrenze zu führen und sich dementsprechend zu ver-
12 sorgen.

13

Begründung

15 Der Spruch „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ ist eine ka-
16 pitalistische Umdeutung, um die Ausbeutung von Aus-
17 zubildenden zu rechtfertigen. Selbstverständlich ist eine
18 Ausbildung dazu gedacht, die Qualifikation für einen Be-
19 ruf zu erreichen. In der Realität ist es jedoch so, dass Aus-
20 zubildende in vielen Berufen bereits nach kurzer Zeit wie
21 feste Mitarbeiter im Betrieb eingesetzt werden und an
22 den Tagen im Betrieb auch entsprechende Gewinne er-
23 wirtschaften. Es gilt der Grundsatz, dass gute Arbeit gut
24 zu bezahlen ist. Hierbei können Betriebe bei Bedarf, der
25 zu überprüfen ist, auch staatlich unterstützt werden.

26

27 Unabhängig vom produktiven Arbeitsanteil der Auszubil-
28 denden ist eine Ausbildung eine Vollzeitaufgabe. Es ist
29 Auszubildenden nicht zuzumuten, neben der Ausbildung
30 eine weitere Stelle anzunehmen, wie es vielfach der Fall
31 ist. Daher muss klar sein, dass aus der Tätigkeit in der Aus-
32 bildung auch eine Vergütung und Unterstützung resultie-
33 ren muss, die für ein eigenständiges Leben ab Beginn der
34 Volljährigkeit ausreicht.

35

36 Die Vorstellung, dass Auszubildende während ihrer Aus-
37 bildung noch bei ihren Eltern leben, ist in vielen Fällen
38 eine erstrebenswerte Idealvorstellung, die in der Realität
39 jedoch häufig und aus unterschiedlichen Gründen nicht
40 tragfähig ist. Auszubildenden muss es daher möglich sein,
41 auch unabhängig von ihrem Verhältnis zu den Eltern und
42 von deren finanzieller Lage leben zu können. Selbstver-
43 ständlich ist es denkbar, entsprechende Hilfen nicht pau-
44 schal zu leisten, sondern von der tatsächlichen Lebenssi-
45 tuation der Auszubildenden abhängig zu machen.

46

47 Die Einführung einer solchen Lösung würde die Entschei-
48 dung eine Ausbildung auf sich zu nehmen massiv fördern,

49 zu einem starken Zuwachs an Gerechtigkeit in der Arbeits-
50 welt führen sowie das Profil der SPD als Arbeiterpartei
51 stärken.